



Reflexionen und Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik in Österreich

Inhalt

Medienvielfalt als öffentliches Gut und Grundpfeiler liberaler Demokratien	3
Plattform Medienvielfalt	3
Reflexionen und Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Medienlandschaft in Österreich	4
Empfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik	4
Ergebnisse der Round Tables	6
Round Table 1 Medienvielfalt, Medienfreiheit und Demokratie	6
Round Table 2 Medienfinanzierung und Journalismusförderung	9
Round Table 3 Medienpolitik im Kontext der digitalen Transformation	12
Teilnehmer*innen	15
Weiterführende Informationen	16

Medienvielfalt als öffentliches Gut und Grundpfeiler liberaler Demokratien

Medienvielfalt und Medienfreiheit sind entscheidend und grundlegend, um Bürger*innen einen freien Zugang zu verlässlichen und relevanten Informationen zu gewährleisten und so eine fundierte Meinungsbildung und demokratische Teilhabe zu stärken. Die globalen Herausforderungen der letzten Jahre – politische Instabilitäten, Zunahme von Extremismus, Folgen der Pandemie und Klimakrise – haben gezeigt, dass Menschen die Zugriffsmöglichkeit auf glaubwürdige und ausbalancierte Quellen brauchen, um Orientierung zu finden, komplexe Zusammenhänge zu verstehen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Dabei spielen die Vielfalt der Medieninhalte, die Pluralität der Medienhandelnden und vor allem die Repräsentation heterogener und marginalisierter gesellschaftlicher Perspektiven eine entscheidende Rolle. Wesentliche Voraussetzung für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt ist folglich die Existenz einer Vielzahl an unabhängigen Medienanbieter*innen. Zur Sicherung verantwortungsvoller, journalistischer Arbeit braucht es deshalb in Österreich auch weiterhin gezielte Maßnahmen, die vor allem die finanzielle und strukturelle Unabhängigkeit der Medienhandelnden gewährleisten. Angesichts der aktuellen Verwerfungen und der wirtschaftlich angespannten Zeiten, in denen Werbeeinnahmen zurückgehen und Medienorganisationen zunehmend neue Finanzierungs-

modelle erschließen müssen, ist es wichtig, Ansätze zu entwickeln, die eine Medienlandschaft sicherstellen, die krisenresistent agieren kann.

Das bedeutet auch, dem Rückgang an Vertrauen und Aufmerksamkeit seitens der Mediennutzer*innen und Medienkonsument*innen zu begegnen. Zahlreiche aktuelle Studien haben gezeigt, dass faktenbasierter Journalismus zunehmend unter Druck gerät. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, müssen Ansätze gefunden werden, die die gelebten hohen journalistischen Standards sichtbar und nachvollziehbar machen und die Vielfalt der Perspektiven stärken. Nur eine unabhängige und qualitativ hochwertige Medienlandschaft, die auch als eine solche wahrgenommen und wertgeschätzt wird, kann langfristig das Vertrauen zurückgewinnen und ihre Rolle erfüllen.

Die Förderung von Medienvielfalt und -freiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nationale wie internationale Kooperationen erfordert. Internationale Organisationen wie die UNESCO leisten dabei einen zentralen Beitrag. Sie fördern Programme und Initiativen zum Schutz der Medienfreiheit, schaffen Plattformen für den Austausch von Journalist*innen und Medienorganisationen und setzen sich weltweit für die Verteidigung unabhängiger Medien ein.

Plattform Medienvielfalt

2024 hat die Österreichische UNESCO-Kommission (ÖUK) daher die Initiative „Plattform Medienvielfalt“ ins Leben gerufen: Sie versteht sich als ein Diskursraum, in dem sich relevante Stakeholder und Entscheidungsträger*innen austauschen können, und als Dialograum, in dem konkrete Vorschläge zur Stärkung eines vielfältigen und nachhaltigen Mediensektors in Österreich gemeinsam entwickelt werden.

Die Initiative zielt darauf ab, einen Beitrag zu einem strukturierten medienpolitischen Diskurs in Österreich zu leisten und im Einklang mit den Zielen der UNESCO eine vielfältige, pluralistische Medienlandschaft und qualitätsvollen Journalismus in Österreich zu fördern. Durch die Auseinandersetzung mit Fragen der Diversität

im Mediensektor, der Medien- und Journalismusförderstrukturen sowie mit technologischen Herausforderungen (insbesondere in Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz) wird ein breiter und multiperspektivischer Blick auf die Rolle „der Medien“ und des Journalismus zur Wahrung grundlegender Menschenrechte und demokratischer Werte eingenommen. Besonders im Mittelpunkt stehen dabei auch der freie, nicht-kommerzielle bzw. gemeinnützige Sektor sowie öffentlich-rechtliche Medien.

In drei **Round Tables** haben sich Expert*innen aus Medienpraxis, Forschung, Bildung und Politik/Verwaltung zu folgenden aktuellen medienpolitischen Themen ausgetauscht:

- Round Table 1 **Medienvielfalt, Medienfreiheit und Demokratie**
- Round Table 2 **Medienfinanzierung und Journalismusförderung**
- Round Table 3 **Medienpolitik im Kontext neuer Technologien**

Der vorliegende Kurzbericht dokumentiert und bündelt die Ergebnisse dieser Round Tables und liefert Vorschläge für die Weiterentwicklung einer zukunftsorientierten Medienpolitik.

Reflexionen und Handlungsempfehlungen für eine zukunftsfähige Medienlandschaft in Österreich

Aus den Diskussionsergebnissen der drei Round Tables 2024 lassen sich die folgenden zentralen Herausforderungen für medienpolitische Handlungsfelder ableiten:

Marktkonzentration

Die starke Konzentration des österreichischen Medienmarktes stellt eine erhebliche Gefahr für dessen Funktionsfähigkeit und eine lebendige und ausbalancierte Meinungsvielfalt dar. Die Abwanderung von Werbeeinnahmen zu nicht-europäischen Plattformen und die Dominanz großer digitaler Plattformen verschärfen diese Situation.

Qualität und Glaubwürdigkeit

Die zunehmende Vermischung von Journalismus und nicht-redaktionellen Inhalten sowie die Verbreitung von „alternativen Medienangeboten“ untergraben die Glaubwürdigkeit des Journalismus zusehends. Die steigende Nachrichtenvermeidung und das schwindende Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind besorgniserregende Entwicklungen. Die Intransparenz von Algorithmen beeinflusst die redaktionelle Arbeit und die öffentliche Meinungsbildung.

Förderstrukturen

Die derzeitigen Förderstrukturen begünstigen oft große Medienunternehmen und vernachlässigen gemeinnützige Medien, journalistische Start-ups und innovative

Projekte. Es fehlt an niederschweligen Zugängen zu Förderungen sowie an klaren und nachvollziehbaren Qualitätskriterien. Staatliche Förderungen werden häufig als reine Unternehmens- oder Beschäftigungsförderung wahrgenommen, statt als Instrument zum Anschlag von Innovation und Vielfalt.

Diversität und Inklusion

Die österreichischen Redaktionen spiegeln die gesellschaftliche Vielfalt nicht wider. Insbesondere Personen aus marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen sind in Führungspositionen kaum vertreten und sehen sich bereits beim Einstieg in den Journalismus mit struktureller Diskriminierung konfrontiert. Dies führt zur Ausklammerung wichtiger Perspektiven und zur Entfremdung von Teilen der Bevölkerung von journalistischen Inhalten.

Technologische Transformation

Die rasante technologische Entwicklung und das veränderte Mediennutzungsverhalten stellen den Journalismus vor neue Herausforderungen. Die Dominanz großer digitaler Plattformen und die zunehmende Verbreitung und Relevanz von Large Language Models (LLM) bergen Risiken für die Meinungsfreiheit und Medienvielfalt.

Empfehlungen für eine zukunftsfähige Medienpolitik

Um diesen Herausforderungen zu begegnen und eine vielfältige, inklusive und transparente Medienlandschaft zu fördern, haben die beteiligten Expert*innen folgende Maßnahmen diskutiert und vorgeschlagen:

Neuausrichtung der Förderpolitik

- Stärkere Berücksichtigung von Diversitätskriterien bei der Vergabe von Fördergeldern.
- Fokus auf Strukturförderung für journalistische Start-ups und gemeinnützige Medien.
- Transparente und nachvollziehbare Qualitätskriterien für die Vergabe von Förderungen.
- Niederschwellige Zugänge zu Förderungen, die auch kleine Redaktionen und gemeinnützige Medien erreichen.
- Förderung von Sachleistungen wie journalistische Infrastruktur und Rechtsberatung.

Stärkung des Qualitätsjournalismus

- Klarere Abgrenzung zwischen Journalismus und nicht-redaktionellen Inhalten.
- Förderung von journalistischer Innovation und neuen Geschäftsmodellen.
- Stärkung nicht-kommerzieller und gemeinnütziger Medien.
- Einführung eines Ehrenkodex für Medien, um das Image des Journalismus zu stärken.

Förderung von Diversität und Inklusion

- Verpflichtende Diversitäts- und Inklusionsstrategien für Medienhäuser und Redaktionen.
- Entwicklung von Maßnahmen zur Reduktion von struktureller Diskriminierung im Journalismus.
- Einstiegsstipendien für Journalist*innen aus marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen.

Regulierung digitaler Plattformen

- Verpflichtende Transparenzregeln für Algorithmen, um die Filterung und Priorisierung von Inhalten offenzulegen.
- Mechanismen zur Rechenschaftspflicht von Plattformen, die die Einhaltung von Transparenz- und Verantwortlichkeitsstandards überwachen.
- Förderung der Sichtbarkeit von journalistisch editierten Inhalten auf Plattformen.
- Entwicklung von fairen Vergütungsmodellen für journalistische Inhalte.

Stärkung der Medienkompetenz

- Investitionen in Bildungsprogramme zur Förderung von Medienkompetenz für alle Bevölkerungsgruppen.
- Förderung des Bewusstseins für die Bedeutung von Qualitätsjournalismus und Abgrenzung von nicht-redaktionellen Inhalten.
- Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit KI und deren Auswirkungen auf die Information der Öffentlichkeit.

Ausbildung und Kompetenz

- Verankerung wirtschaftlicher Kompetenzen und Entrepreneurship Education in der Journalist*innenausbildung.
- Stärkung von Medien- und Digitalkompetenzen in der Journalist*innenausbildung.
- Stärkung des Bewusstseins für algorithmische Biases und die Funktionsmechanismen von News Recommender Systemen.

Sicherung der Meinungsfreiheit

- Jede Regulierung von Plattformen muss die Meinungsfreiheit als Grundrecht achten und darf keine Zensurmechanismen schaffen.
- Transparente und nachvollziehbare Verfahren bei der Entfernung von Inhalten durch Plattformen sind notwendig.

Ergebnisse der Round Tables

Round Table 1

24. Oktober 2024, Wien

Medienvielfalt, Medienfreiheit und Demokratie

Der Round Table befasste sich mit Fragen des **Marktpluralismus**, der **Medienkonzentration** sowie der **inhaltlichen Vielfalt**. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der **Bedeutung von Diversität für den Mediensektor**. Wird die Vielfalt an Lebensrealitäten in den Inhalten und Formen journalistischer Arbeit und den Redaktionen nicht abgebildet, führt dies zu einem **Vertrauensverlust in den Journalismus**. Es wurde die „extreme Dringlichkeit“ betont, Vielfalt in journalistischen Organisationen zu fördern.

Zusammenfassungen der wichtigsten Diskussionspunkte

Medienpluralismus und Medienkonzentration

- Die starke **Marktkonzentration** in Österreich (siehe dazu etwa Seethaler/Beaufort/Schulz-Tomančok 2024) wird von vielen Teilnehmenden als demokratiegefährdend angesehen.
- Gleichzeitig gefährdet die Marktkonzentration die **Funktionsfähigkeit des Marktes**. Als problematisch werden folgende Aspekte genannt: Abwanderung von Werbeeinnahmen; verschlafene Digitalisierung; obsoletere Geschäftsmodelle; verzerrende Förderungen; mangelnde Transparenz bei Eigentümer*innenschaft bis hin zum beneficial owner und politischer Zugehörigkeit sowie Einflussnahme seitens der Wirtschaft.

Medien, Journalismus und Demokratie

- Die **Abgrenzung** zwischen „Medien“ und „Journalismus“ wird zunehmend wichtig und relevant, insbesondere vor dem Hintergrund der Entstehung und Erstarkung „alternativer Medienangebote“, die nicht nach journalistischen Standards arbeiten und keine journalistischen Kriterien erfüllen.
- Auch die steigende **Nachrichtenvermeidung** (siehe dazu etwa Newman et al. 2024) sowie die Hinwendung zu „alternativen Medienangeboten“ stellen eine große Herausforderung dar.
- Gleichzeitig geht das Verständnis für die demokratiepolitische Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zunehmend zurück.

Förderstrukturen

- Aktuelle (staatliche) Förderstrukturen benachteiligen **gemeinnützige Vereine/Medienschaffende sowie nicht-kommerzielle journalistische Organisationen** und bevorzugen große Verlage und Medienunternehmen.
- Insbesondere für kleine Redaktionen und Gründer*innen neuer journalistischer Formate ist der (bürokratische) **Aufwand** im Zusammenhang mit Förderanträgen stark hemmend.
- Es fehlen Rechtsformen für gemeinnützige Medien ebenso wie die Anerkennung von **Journalismus im öffentlichen Interesse** als gemeinnützig und entsprechend klare Kriterien für Gemeinnützigkeit auch in Bezug auf steuerliche Begünstigungen.

Diversität und Inklusion

- Der Großteil der Redaktionen in Österreich spiegelt die gesellschaftliche Vielfalt nicht wider. Insbesondere gilt das für **Führungspositionen**, wobei Personen aus marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen bereits beim Einstieg in journalistische Tätigkeiten häufig mit erheblichen Hürden und struktureller Diskriminierung konfrontiert sind.
- Die Teilnehmenden plädieren für einen **umfassenden Blick** auf Diversität, der verschiedene Ebenen (Geschlecht, Herkunft, Alter, Bildungshintergrund, Menschen mit Behinderung etc.) einbezieht und eine intersektionale Perspektive einnimmt.
- Menschen mit **Behinderungen und Migrationshintergrund** sind in der Medienbranche kaum vertreten. Der mangelnde Zugang zu journalistischen Berufen resultiert aus einer Kombination mehrerer struktureller, technischer und gesellschaftlicher Barrieren (u.a. mangelnde Barrierefreiheit von Arbeitsplätzen, fehlende inklusive Ausbildungsprogramme, nicht ausreichende rechtliche Vorgaben sowie Vorurteile und strukturelle Diskriminierung).
- Der Mangel an Diversität in den Redaktionen und Medienhäusern führt zu einer systematischen **Ausklammerung** von diversen Perspektiven und Inhalten. Themen, die marginalisierte gesellschaftliche Gruppen und Minderheiten betreffen, spielen in der Berichterstattung eine sehr untergeordnete Rolle. Das befördert eine Entfremdung (potentieller) Rezipient*innen von „den Medien“ bzw. „dem Journalismus“ sowie die sog. „Vertrauenskrise“.
- Die steigende **Nachrichtenvermeidung** und eine Hinwendung zu „alternativen Medienangeboten“ müssen auch vor diesem Hintergrund analysiert und adressiert werden.
- Die Teilnehmenden betonten die **Dringlichkeit**, Medien(angebote) und Personalentwicklung in Redaktionen diverser zu gestalten.

Medienkompetenz und Publikumsorientierung

- Die Einbeziehung des Publikums und die Vermittlung von **Medienkompetenz** wurden als besonders wichtig erachtet.
- Um die gesellschaftliche Relevanz des Journalismus zu sichern, ist es unabdingbar, dass Journalist*innen **„den Elfenbeinturm“** verlassen und mehr auf Augenhöhe mit dem Publikum sprechen. Beispielsweise bewegen sich rund 70% der Inhalte in klassischen Nachrichten auf Sprachniveau C1/C2, während nur ca. 7% der Bevölkerung in Österreich dieses Sprachniveau aufweisen.

Technologische Herausforderung

- Besondere Herausforderungen ergeben sich auch durch technologische Veränderungen und verändertes **Mediennutzungsverhalten**, insbesondere in Hinblick auf die

- zunehmende Bedeutung und Deutungshoheit großer digitaler Plattformen.
- Demokratiefeindliche und -gefährdende Inhalte scheinen die Plattformen zunehmend zu dominieren; auch hier besteht erheblicher Bedarf im Bereich Medienkompetenz.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen Round Table 1

Förderung

- **Verpflichtende Berücksichtigung** von Diversitätskriterien bei Fördervergaben. Bei staatlicher Förderung muss die Zielerreichung unterstützt und überprüft werden.
- Verbesserte rechtliche Anerkennung von Gemeinnützigkeit im Journalismus und Entwicklung entsprechender Fördermaßnahmen.
- Mehr niederschwellige Zugänge zu Förderungen für gemeinnützige Medienhäuser und journalistische Start-ups.

Diversität und Inklusion

- Verpflichtende **Diversitäts- und Inklusionsstrategien** für Medienhäuser und Wandel in Managementkulturen.
- Medienübergreifende **Selbstverpflichtung zur Diversität**, ähnlich einem Pressekodex.
- **Einstiegsstipendien** für Journalist*innen aus marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen.

Öffentlich-Rechtlicher Rundfunk

- Das **demokratiepolitische Verständnis** für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schwindet. Es braucht bessere Kommunikation über die gesellschaftliche Bedeutung von öffentlich-rechtlichen Angeboten und ihrer Finanzierung (Haushaltsabgabe).

Medienkompetenz

- Investitionen in **Bildungsprogramme** zur Förderung von Medienkompetenz für alle Altersgruppen.
- Bewusstseinsbildung für die zentrale **Bedeutung von qualitativem Journalismus** und die Abgrenzung von nicht-redaktionellen Angeboten.

Plattformen und Plattformregulierung

- **Regulierung** digitaler Plattformen insbesondere mit Blick auf Hass im Netz, Desinformation und Verletzung von Menschenrechten.
- Sicherung der **Meinungsfreiheit** auf sozialen Plattformen: Jede Regulierung von Plattformen muss die Meinungsfreiheit als Grundrecht achten und darf keine Zensurmechanismen schaffen.

Zitate und Statements aus dem Kreis der Teilnehmer*innen



„In Österreich muss man sich Journalismus leisten können!“

„Redaktionen sehen ganz anders aus als die Gesellschaft!“

„Je höher die Karrierestufen, desto weniger divers.“

„Wir beschäftigen uns seit vielen Jahren mit der Frage der mangelnden Diversität, kaum etwas ändert sich, wie kann das sein?“

„Zu wenig Diversität führt zu Entfremdung – und das betrifft uns alle.“

„Es existiert ein rechtsextrêmes Paralleluniversum, das mit dem Begriff ‚alternative Medien‘ operiert und stark unter Bezugnahme auf die Begriffe Medienpluralismus und Meinungsfreiheit argumentiert.“

Round Table 2

14. November 2024, Wien

Medienfinanzierung und Journalismusförderung

Der Round Table widmete sich der Frage, wie Journalismus nachhaltig finanziert werden kann. Im Zentrum der Diskussionen standen die **aktuellen Förderstrukturen in Österreich** sowie die Herausforderungen, die sich aus der **digitalen Transformation** ergeben. Die Expert*innen erörterten intensiv, welche Maßnahmen notwendig sind, um einen vielfältigen und zukunftsfähigen Mediensektor in Österreich zu sichern.

Zusammenfassungen der wichtigsten Diskussionspunkte

Marktentwicklung

- Die **Abwanderung von Werbeeinnahmen** zu digitalen Plattformen ist eine der zentralen Herausforderungen für den (traditionellen) Mediensektor. 2022 sind erstmals mehr Werbeerlöse an nicht-europäische Plattformen als nach Österreich geflossen.
- Insgesamt sinken die Erlöse der österreichischen „legacy Medien“ kontinuierlich und rasch, die **Reichweiten** gehen systematisch zurück.
- Auch die Anzahl der journalistischen Arbeitsplätze sinkt: Seit 2006 sind ein Viertel der **Arbeitsplätze im Journalismus** in Österreich verschwunden, ein Drittel seit der Jahrtausendwende (siehe dazu Kaltenbrunner et al. 2020). Gleichzeitig ist die Branche von deutlicher **Überalterung** geprägt. So sind aktuell über ein Drittel der Journalist*innen in Österreich über 50 Jahre alt, während der Anteil an unter 30-Jährigen lediglich 10% beträgt.
- **Medienmarkt und Fördermarkt** sind für journalistische Produkte marginalisierter Gruppen und gemeinnützige Neugründungen oft schwer zugänglich.

Förderstrukturen

- Medienförderung in Österreich fokussiert zu stark auf (**Titel-)Erhalt** in konzentrierter Eigentümer*innenschaft.
- Staatliche Förderungen werden oft als **Unternehmensförderung** und Beschäftigungsförderung wahrgenommen, statt als Instrument zur Förderung journalistischer Innovationen.
- In den (öffentlichen) Förderstrukturen fehlen mitunter fundierte und nachvollziehbare **Qualitätskriterien**.
- Kleinere Redaktionen, insbesondere im Bereich gemeinnütziger Redaktionen und journalistischer Start-ups, werden mit den bestehenden Förderstrukturen nicht oder nur unzureichend erreicht. So stellen beispielsweise vorgeschriebene **Mindestantragssummen** erhebliche Hürden für kleine, gemeinnützige und nicht-kommerzielle Medien dar. Insgesamt begünstigen die existierenden Strukturen und Instrumente größere Unternehmen und Player.
- Während auf Ebene von Projektförderungen gute Ansätze existieren, gibt es keine ausreichende **Strukturförderung**. Kleine, innovative Medienorganisationen erhalten Anerkennung und finanzielle Mittel für Projektideen, aber nach Auslaufen der (Projekt-)Förderung zu wenig Unterstützung, um nachhaltige, tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln.

- Zudem wurde **mangelnde Transparenz** bei der Vergabe von Fördergeldern und den eingereichten Vorhaben, insbesondere an große Empfängerorganisationen, kritisiert.
- Die Förderungen zielen oft auf Bereiche der Medienindustrie ab, welche die **digitale Transformation** deutlich zu spät adressiert haben.

Abhängigkeit und fehlende unternehmerische Kompetenz

- Gerade große, etablierte Medienunternehmen verlassen sich mitunter zu sehr auf Förderungen, anstatt neue **Geschäftsmodelle** zu entwickeln. Es fehlt in Redaktionen an entrepreneurial journalism und einem Bewusstsein für Zielgruppen, Strategie und Produktentwicklung.
- Eine starke **Abhängigkeit** von staatlicher Förderung birgt Gefahren für Medienvielfalt und Marktpluralismus und wird etwa im European Media Freedom Act mitunter kritisch betrachtet.

Qualität und Transparenz

- Die Expert*innen betonten die Notwendigkeit, die **Qualität des Journalismus** zu fördern und zu definieren.
- Transparente **Entscheidungskriterien** bei der Vergabe von Förderungen sind essenziell, auch in Hinblick auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Medienförderungen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen Round Table 2

Neuausrichtung der Förderpolitik

- Die Teilnehmenden sprachen sich für **konkretere Förderziele** und eine Zwischen- und Endprüfung der Zielerreichung aus. Die Förderpolitik sollte als Incentivierung dienen und Strukturförderung, insbesondere für journalistische Start-ups und gemeinnützige Medien, stärker berücksichtigen. Auch die Berücksichtigung der Lebensphasen von Projekten und die **Förderung von Sachleistungen** wie z.B. journalistische Infrastruktur, APA-Zugang oder Rechtsberatung wurden als wichtige Punkte genannt.

Qualität und Transparenz

- Stärkere Orientierung der Förderstruktur an **fundierte und transparent nachvollziehbare Qualitätskriterien**.
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die Förderziele und Vielfaltskriterien definiert und Instrumente zur **Evaluierung der Erreichung** dieser Ziele und Kriterien entwickelt.
- Transparenz bei den Entscheidungen über die Vergabe von Fördermitteln ist ausschlaggebend für die **gesellschaftliche Akzeptanz** von Förderungen. Ebenso sollten die wichtigsten **Erkenntnisse** aus den mit öffentlichen Mitteln geförderten Projekten zugänglich gemacht werden, ohne Geschäftsgeheimnisse zu verletzen.
- Einführung eines **Ehrenverhaltenskodex für Medien**, um das Image des Journalismus zu stärken, insbesondere im Hinblick auf Inserate der öffentlichen Hand.

Stärkung nicht-kommerzieller und gemeinnütziger Medien

- Nicht-kommerzielle Medien sollten **Allianzen** bilden und Technologien gemeinsam nutzen, um ihre Zusammenarbeit zu stärken.
- Das Bewusstsein für die Bedeutung von **Medienvielfalt als kulturelles Gut** und wichtige Säule der kulturellen Vielfalt im Sinne der UNESCO muss gestärkt werden.

Ausbildung und Kompetenz

- Wirtschaftliche Kompetenzen und **Entrepreneurship Education** in der Journalist*inenausbildung verankern.
- Medienkompetenz und **digitale Kompetenzen** in journalistischen Ausbildungen stärken.
- Vermittlung von Medienkompetenz durch Medienorganisationen selbst stärken, z.B. auch durch die Einführung eines entsprechenden Kriteriums bei der Vergabe von öffentlichen Förderungen.

Zitate und Statements aus dem Kreis der Teilnehmer*innen



„Die durch die Abwanderung von Werbeeinnahmen entstehenden Lücken, werden nicht zu schließen sein – auch nicht durch höhere Förderungen.“

„Vielfalt braucht Förderung.“

„Medien/Journalismus sind mehr als Kulturgut als Markt.“

„Wir brauchen mehr Fokus auf Gemeinnützigkeit und weniger Fokus auf die großen Medienunternehmen.“

„Zentrales Desiderat ist eine ernsthaft geführte Qualitätsdebatte.“

„Die wirtschaftliche Verantwortung bei den derzeitigen Projektsummen für Förderanträge ist zu hoch, auch kommerzielle kleine Medien fallen raus, geschweige denn nicht-kommerzielle.“

Round Table 3

11. Dezember 2024, Wien

Medienpolitik im Kontext der digitalen Transformation

Im Mittelpunkt des Round Tables stand die Frage, wie sich **technologische Entwicklungen auf die Medienvielfalt und Meinungsfreiheit auswirken** und welche **medienpolitischen und regulatorischen Maßnahmen** ergriffen werden können, um einen innovativen und vielfältigen Mediensektor in Österreich zu gewährleisten. Im Fokus der Diskussion standen dabei insbesondere die Herausforderungen, die sich aus der **Machtkonzentration digitaler Plattformen** und dem Einsatz von **Algorithmen/Empfehlungssystemen** ergeben.

Zusammenfassungen der wichtigsten Diskussionspunkte

Regulierung digitaler Plattformen

- Digitale Plattformen spielen eine immer wichtigere Rolle im Medienökosystem und **Regulierungsmaßnahmen** sind entscheidend, um die Medienvielfalt und Meinungsfreiheit zu schützen.
- Zentral ist die Frage, inwieweit Plattformen als **Medienanbieter** betrachtet werden können und sollen und damit existierende Regulierungsinstrumente auf sie angewendet werden können.
- Vor dem Hintergrund der zunehmenden Dominanz digitaler Plattformen erhält die grundlegende Frage nach der **Definition** von und Abgrenzung zu redaktionellen Medien und was als „schützenswert“ erachtet wird, besondere Relevanz. Diese Frage ist gerade in Hinblick auf das Europäische Medienfreiheitsgesetz aktuell.
- In Hinblick auf Fragen der **Internet Governance** ist in (internationalen) Diskussionen ein deutlicher Shift von der ursprünglichen Forderung nach „mehr Freiheit“ bzw. „mehr Medien“ („Internet Freedom“) hin zu einem verstärkten Ruf nach Regulierung zu beobachten.
- Als zentrale Herausforderungen wurden die **Intransparenz** der Algorithmen, die unklare Verantwortlichkeit für Inhalte und die Gefahr der Bildung von Filterblasen/Echokammern identifiziert.
- Es müssen – neben dem erwähnten Aspekt der zunehmenden Dominanz großer digitaler Plattformen – auch die Entwicklung und der mögliche Einfluss von **Large Language Models (LLM)** auf die Information der Öffentlichkeit in den Fokus medienpolitischer und rechtsphilosophischer Überlegungen rücken.
- Es existieren bereits **Regulierungsinstrumente**, etwa der *↗ Digital Services Act* oder die *↗ UNESCO-Leitlinien zur Regulierung digitaler Plattformen*. Herausfordernd sind die entsprechende Durchsetzung und Anwendung auf internationaler wie nationaler Ebene.
- Die Teilnehmenden betonten die Schwierigkeit, Plattformen klar als „Medien“ zu definieren, und warnen (auch) davor, dass eine Überregulierung unter Umständen die Innovationskraft des Sektors gefährden könnte.

Förderung von Qualitätsjournalismus auf Plattformen

- Teilnehmer*innen des Round Tables betonten die Bedeutung des Qualitätsjournalismus für eine informierte Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie. Digitale Plattformen spielen dabei eine immer wichtigere Rolle als **Distributionskanäle** für journalistische Inhalte, was zu einer zunehmenden Abhängigkeit von Medienunternehmen von diesen Plattformen führt.
- Es wurde die Notwendigkeit diskutiert, **Anreize** oder Vorgaben für Plattformbetreiber zu schaffen, um journalistisch editierte Inhalte im öffentlichen Interesse (Public Interest Algorithmen) hervorzuheben. Ziel sollte sein, die **Sichtbarkeit** von qualitativ hochwertigen Medienangeboten zu verbessern.
- Die zunehmende **Individualisierung** von Medien- und Nachrichteninhalten bzw. deren Konsum durch Plattformisierung, LLM und automatisierte Empfehlungssysteme sind eine weitere Herausforderung für Medienunternehmen – und dadurch auch für einen demokratischen Diskurs – und für die Ausgestaltung entsprechender Regulierungen und Gesetzgebung.
- Intransparente Hierarchisierungs- oder Empfehlungsalgorithmen der Plattformen beeinflussen zunehmend die **Produktion** auf redaktioneller Ebene, um einer möglichen Einschränkung der Reichweite von Beiträgen zuvorzukommen.

Medienbildung und Medienkompetenz

- **Medienbildung und Medienkompetenz** sind in diesem Zusammenhang essenziell. Die **Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien** sollte für alle Bevölkerungsgruppen verstärkt werden, insbesondere auch mit Blick auf den redaktionellen Einsatz Künstlicher Intelligenz (**AI Literacy**).
- Zentral scheint, die Fähigkeiten von Nutzer*innen zur Unterscheidung von journalistischen Inhalten und nicht-journalistischem Content zu stärken.

Schutz der Meinungsfreiheit

- Bei allen Regulierungsbestrebungen muss die **Meinungsfreiheit als Grundrecht** gewahrt bleiben.
- **Überregulierung** und Eingriffe durch staatliche Akteur*innen bergen enorme demokratiepolitische Gefahren.
- Es braucht daher **transparente und nachvollziehbare Verfahren**, beispielsweise in Bezug auf die Entfernung von Inhalten von/durch Plattformen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen Round Table 3

Transparenz und Rechenschaftspflicht

- Verpflichtende **Transparenzregeln** für Algorithmen: Plattformbetreiber*innen müssen offenlegen, nach welchen Kriterien Inhalte gefiltert, priorisiert und empfohlen werden.
- Etablierung von Mechanismen zur **Rechenschaftspflicht** von Plattformen, die die Einhaltung von Transparenz- und Verantwortlichkeitsstandards überwachen.

Stärkung des Qualitätsjournalismus

- Förderung der **Sichtbarkeit journalistisch editierter Inhalte** auf digitalen Plattformen.
- Es braucht vielfältigere **Finanzierungsmodelle**, um die Unabhängigkeit des Journalismus zu sichern und die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen und damit auch den großen Plattformen zu verringern.
- Entwicklung von tragfähigen und nachhaltigen Modellen, die eine faire **Vergütung** für journalistische Inhalte durch die Plattformen ermöglichen.

Medienbildung und Medienkompetenz

- Investitionen in **Bildungsprogramme** zur Förderung von Medienkompetenz und insbesondere KI-Kompetenzen sind unerlässlich, um die kritische Auseinandersetzung mit Information im digitalen Raum zu stärken.
- Das Bewusstsein für die den KI-Anwendungen bzw. Algorithmen eingeschriebenen Biases muss deutlich gestärkt und Gegenmaßnahmen müssen entwickelt werden.
- KI-Kompetenzen müssen auch in Medienhäusern und Redaktionen erheblich gestärkt werden, etwa in Hinblick auf die Funktionsmechanismen von News Recommender Systemen.

Schutz der Meinungsfreiheit

- Jede Regulierung von Plattformen muss die Meinungsfreiheit als Grundrecht achten. Es dürfen **keine Zensurmechanismen** durch die Hintertür geschaffen werden.

Zitate und Statements aus dem Kreis der Teilnehmer*innen



„Wenn wir Plattformen wie Medien behandeln und wie solche regulieren, zum Beispiel in Echtzeit – ist das ein Eingriff in die Pressefreiheit?“

„Wir sollten weniger in Schockstarre verfallen und weniger hysterisch über Digitale Transformation berichten und diskutieren.“

„Plattformen sind nach Rechtsansicht keine redaktionellen Medien. Ist das System demnach ungerecht gegenüber traditionellen Medien?“

*„Nutzer*innen brauchen Kontrolle! Die Empfehlungen sind undurchsichtig, das ist Teil der Frustration. Plattformen müssen erlauben, journalistische Inhalte zu erfragen, zumindest für interessierte Nutzer*innen!“*

„Möglicherweise müssen wir die Fragestellung umdrehen: Die großen Plattformen existieren, aber was sollen sie leisten? Was ist unsere Utopie?“

Teilnehmer*innen

Clara **Akinyosoye** (ORF)
Delna **Antia-Tatić** (freie Journalistin, Gründerin und Medieninhaberin von femFATAL)
Arina **Bychkova** (VORLAUT Kollektiv)
Ricarda **Drüeke** (Universität Salzburg)
Alexander **Fanta** (Follow the money)
Julia **Haas** (OSZE)
Evelyn **Hemmer** (Hashtag Media)
Martina **Hohensinn** (KommAustria)
Andy **Kaltenbrunner** (medienhaus wien)
Matthias C. **Kettemann** (Universität Innsbruck)
Daniela **Kraus** (Presseclub Concordia)
Simon **Kravagna** (FJUM Wien)
Verena **Krawarik** (APA)
Sebastian **Loudon** (Datum)
Julia **Neidhardt** (TU Wien)
Luisa **Niemann** (freie Journalistin; VORLAUT Kollektiv)
Clara **Porak** (andererseits)
Bettina **Ruigies** (OSZE)
Andreas **Salz** (Deutsche UNESCO-Kommission)
Aischa **Sane** (freie Journalistin, VORLAUT Kollektiv)
Josef **Seethaler** (ÖAW)
Helga **Schwarzwald** (Verband Freier Rundfunk)
Helmut **Spudich** (Presseclub Concordia)
Walter **Strobl** (Presseclub Concordia)
Wolfgang **Struber** (RTR Medien)
Antonia **Titze** (Der Standard)
Matthias **Traimer** (Bundeskanzleramt)
Andreas **Ulrich** (Bundeskanzleramt)
Anita **Zielina** (better leaders lab)

Impulsvorträge von:

Andy **Kaltenbrunner**, Julia **Neidhardt**, Josef **Seethaler**,
Matthias **Traimer** und Anita **Zielina**

**Die jeweils 2,5-stündigen Diskussionen fanden unter der Chatham House Rules statt.
Wir danken allen Input-Geber*innen und Teilnehmer*innen für die engagierte Beteiligung an den Round Tables!**

Weiterführende Informationen

Der Sektor „Kommunikation & Information“ der UNESCO hat zum Ziel, das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Medienvielfalt und Unabhängigkeit von Medien sowie den Aufbau inklusiver Wissensgesellschaften zu stärken. Durch internationale Zusammenarbeit unterstützt die UNESCO staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen, um sicherzustellen, dass die Grundfreiheiten online sowie offline im Einklang mit internationalen Standards gewährleistet sind. Zu den Schwerpunkten zählen:

- Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und die Sicherheit von Journalist*innen
- Medienentwicklung, „Media in Emergency“
- Medien- und Informationskompetenz sowie digitale Kompetenzen
- Universeller Zugang zu Information sowie digitale Inklusion
- Digital policies und digitale Transformation
- Dokumentenerbe – Memory of the World-Programm

Mit dem Begriff **„Medienvielfalt“** (*↗ media diversity*) wird im UNESCO-Kontext sowohl auf die Vielfalt und Diversität von Medieninhalten, Medienakteur*innen sowie Programme und Formate verwiesen, die dazu geeignet sein sollten, heterogene gesellschaftliche Perspektiven und Positionen widerzuspiegeln. Im Zentrum stehen für die UNESCO die Sicherstellung demokratischer Teilhabemöglichkeiten, eine ausgewogene und faktenbasierte Berichterstattung sowie die Vermeidung stereotypisierender und diskriminierender Inhalte. Aktuelle Schwerpunkte der UNESCO im Bereich Medienvielfalt umfassen u.a. *↗ Geschlechtergerechtigkeit* und *↗ Behinderung*.

Mit dem Begriff **„Medienpluralismus“** (*↗ media plurality*) zielt die UNESCO auf die Existenz einer Vielzahl unabhängiger und pluralistischer Medienanbieter*innen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Community Medien und ihren gesellschaftlichen und demokratiepolitischen Funktionen. Medienfreiheit und -pluralismus werden im UNESCO-Kontext als essenziell für die Erreichung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung (SDGs) betrachtet, insbesondere für die Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften und für den Zugang zu Information und Meinungsfreiheit.

Die UNESCO betreibt zahlreiche Initiativen, um die Unabhängigkeit und Freiheit der Medien zu stärken und den Zugang zu Information weltweit zu fördern. Sie gibt regelmäßig relevante Publikationen heraus, etwa den *↗ UNESCO Global Report on World Trends in Freedom of Expression and Media Development* und die *↗ World Trends in Freedom of Expression and Media Development*-Schriftenreihe. Durch den Fonds des *↗ International Programme for the Development of Communication* werden weltweit Projekte gefördert, die einen Beitrag zu Medienvielfalt und Medienfreiheit leisten. Ein Arbeitsschwerpunkt der UNESCO im Bereich Medienvielfalt und Medienfreiheit sind die **Pressefreiheit** und der **Schutz von Journalist*innen** weltweit. Nicht zuletzt anerkennt die UNESCO die besondere Bedrohungslage für Journalistinnen* und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Journalistinnen, insbesondere auch im digitalen Umfeld.

Ausgewählte UNESCO-Instrumente und (völkerrechtliche) Texte

↗ UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt Kultureller Ausdrucksformen

Die UNESCO-Konvention „Vielfalt Kultureller Ausdrucksformen“ wurde 2005 von der internationalen Staatengemeinschaft verabschiedet und zielt auf die Schaffung förderlicher (kultur-)politischer Rahmenbedingungen für den Kunst- und Kultursektor ab. Die Konvention hält explizit fest, dass „die freie Meinungsäußerung [...], die Informationsfreiheit sowie die Medienvielfalt die Entfaltung kultureller Ausdrucksformen in Gesellschaften ermöglichen“. Die Vertragsparteien zur Konvention – darunter auch Österreich – haben sich dazu verpflichtet, der UNESCO regelmäßig über ihre Fortschritte in der Umsetzung der Konvention zu berichten. Dazu gehört auch die Berichterstattung über Maßnahmen und Aktivitäten zur Förderung von Medienfreiheit und Medienvielfalt.

↗ UNESCO-Empfehlung zur Ethik der Künstlichen Intelligenz

Angesichts rasanter Entwicklungen im Bereich der digitalen Technologien hat die UNESCO im Jahr 2021 die „Empfehlung zur Ethik der Künstlichen Intelligenz“ verabschiedet. Die Empfehlung betont, dass KI über den gesamten Lebenszyklus hinweg ethischen Normen genügen muss, insbesondere in Hinblick auf die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte, auf die Förderung gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt und auf den Schutz der Natur. Die Empfehlung beinhaltet neben klar definierten ethischen Prinzipien konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen in elf Gestaltungsfeldern von Medien über Forschung bis hin zu ethischer Folgenabschätzung.

↗ UNESCO-Guidelines for the Governance of Digital Plattform

Die 2023 verabschiedeten „Leitlinien zur Regulierung Digitaler Plattformen“ zielen auf die Etablierung von Strukturen und Prozessen, die Plattform-Nutzer*innen vor demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Inhalten schützen und gleichzeitig die Meinungs- und Informationsfreiheit wahren. Sie regen die Etablierung einer echten Rechenschaftspflicht für digitale Plattformen und „Big Tech“ wie auch eine Rechenschaftspflicht für Staaten bei Überregulierung an. Empfohlen wird außerdem die Förderung differenzierterer Ansätze als Alternativen zur direkten Verwaltung von Online-Inhalten durch die Staaten und zur Begrenzung der unkontrollierten Macht privater Akteur*innen.

Literatur

Europäisches Medienfreiheitsgesetz (2024): *Verordnung (EU) 2024/1083* des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) (Text von Bedeutung für den EWR).
↗ *Verordnung (EU) 2024/1083*

Kaltenbrunner, Andy/Lugschitz, Renée/Karmasin, Matthias/Luef, Sonja/Kraus, Daniela (2020):
Wien, Facultas, *Der österreichische Journalismus-Report. Eine empirische Erhebung und eine representative Befragung.* ↗ *Der österreichische Journalismus-Report.*

Newman, Nic/Fletcher, Richard/Robertson, Craig T./Arguedas, Amy Ross/Nielsen, Rasmus Kleis (2024): *Reuters Institute Digital News Report. Reuters Institute for the Study of Journalism.*
↗ *Reuters Institute Digital News Report 2024*

Seethaler, Josef/Beaufort, Maren/Schulz-Tomančok, Andreas (2024): *Monitoring des Medienpluralismus im digitalen Zeitalter.* Länderbericht: Österreich. Florenz: European University Institute, Centre for Media Pluralism and Media Freedom (CMPF). ↗ *Monitoring des Medienpluralismus im digitalen Zeitalter*

Auswahl aktueller UNESCO-Publikationen

Medienfreiheit / Medienvielfalt

↗ *Journalism for development: the role of journalism promoting democracy and political accountability and sustainable development, 2024*

↗ *Journalism is a public good: World trends in freedom of expression and media development; Global report 2021/2022*

Inklusion/Behinderung

↗ *Disability equality in the media: representation, accessibility, management; practical manual, 2024*

↗ *Building media capacities to establish linkages between equality, diversity and inclusion for persons with disabilities, 2023*

Künstliche Intelligenz

↗ *AI and the future of journalism: an issue brief for stakeholders, 2024*

↗ *Reporting on artificial intelligence: a handbook for journalism educators, 2023*

Finanzierung und Förderung

↗ *Finding the funds for journalism to thrive, 2022*

Medienkompetenz

↗ *Navigating the infodemic with MIL: media and information literacy, 2023*

↗ *Media and information literate citizens: think critically, click wisely!, 2021*

Pressefreiheit, Sicherheit von Journalist*innen

↗ *Press and planet in danger., 2024*

↗ *Threats that silence: trends in the safety of journalists, 2021*

Zugang zu Information

↗ *The need to accelerate worldwide progress. UNESCO 2023 report on public access to information (SDG 16.10.2), 2024*

↗ *Development and promotion of the right to information in national frameworks: policy guidelines., 2023*

Herausgeberin

Österreichische UNESCO-Kommission
Georg-Coch-Platz 2
1010 Wien



unesco

Österreichische
UNESCO-Kommission

www.unesco.at

Redaktion Julia Herrnböck & Claudia Isep

Grafikdesign Valerie Medicus

Lektorat Laura Rosinger

Februar 2025

Wir danken dem Bundeskanzleramt der
Republik Österreich für die finanzielle
Unterstützung des Projekts.

 **Bundeskanzleramt**